

EIN MANIFEST DER KONZERNE?

Noch immer weigern sich die Verhandlungspartner, wesentliche Dokumente zu TTIP und CETA zu veröffentlichen. Auch das CETA-Verhandlungsmandat bleibt unter Verschluss.

TEXT **CHARLIE RUTZ**

Foto: Christoph Behrends (CC BY-NC-SA 2.0)



Mehr als 2,6 Millionen Menschen haben die selbstorganisierte Bürgerinitiative „Stop TTIP“ unterschrieben. Auf beiden Seiten des Atlantiks schwillt der Protest weiter an. Wer will das umstrittene Handelsabkommen TTIP eigentlich? Eine Interessengruppe, die mit besonderer Verve für TTIP und CETA eintritt, sind multinational agierende Konzerne, die mit Mechanismen wie „Regulatorischer Kooperation“ und „Investor-Staat-Schiedsverfahren“ (ISDS) einen maximalen Schutz vor staatlichen Eingriffen und ordentlicher Gerichtsbarkeit erzielen wollen. Sie und ihre finanzstarken Lobbyverbände üben enormen Druck auf die politischen Entscheidungsträger/innen aus, damit diese ihre Interessen durchsetzen – auf Kosten von Demokratie und Rechtsstaat.

Mit wem redet die EU-Kommission?

Was genau die Konzernlobbyist/innen mit der EU-Kommission und ihren Beamten/innen besprechen, wissen wir nicht. Es liegen nur Zahlen über die Häufigkeit der Kontakte vor. Laut unserer Partnerorganisation Democracy International stehen den 751 EU-Parlamentarier/innen und 28 EU-Kommissar/innen mehr als 30.000 Lobbyist/innen in Brüssel gegenüber. Transparency International hat herausgefunden, dass sich Vertreter/innen der EU-Kommission drei Mal häufiger mit Wirtschaftsvertreter/innen als mit anderen Interessengruppen zusammensetzen.¹ Nichtregierungsorganisationen waren nur an 18 Prozent der Gespräche beteiligt. Die Organisation Corporate Europe

Observatory veröffentlichte eigene Zahlen, die diese Dominanz von Konzerninteressen auch für die Vorjahre bestätigen.² Welche Lobbykontakte das Team pflegt, das die TTIP-Verhandlungen direkt begleitet, bleibt im Dunkeln, denn diese sind vom Transparenzregister der EU, auf das sich die Studie von Transparency International stützt, nicht erfasst. Zugleich stellen sich immer mehr kleine und mittelständische Unternehmen gegen TTIP³. Dazu gehört die in Österreich gegründete Initiative „KMU gegen TTIP“, die mittlerweile auch in Deutschland aktiv ist. Bereits mehr als 1.000 Unternehmen haben in beiden Ländern den Aufruf für einen Stopp der TTIP-Verhandlungen sowie einen fairen, transparenten Freihandel auf Grundlage hoher Umwelt- und Sozialstandards unterschrieben.

EU-Parlament spricht sich nicht klar gegen ISDS aus

Am 10. Juni schien es kurzfristig so, als würde sich das EU-Parlament dem Druck der Lobbyist/innen nicht beugen und eine Resolution beschließen, die ISDS in TTIP ablehnt. Doch die Sozialdemokrat/innen knickten ein und sprachen sich gemeinsam mit den Konservativen im EU-Parlament nicht explizit gegen ISDS, sondern für ein „neues System“ des Investorenschutzes aus. Demnach soll die EU-Kommission sicherstellen, dass ausländische Investoren nicht diskriminiert werden, ohne ihnen dadurch mehr Rechte als inländischen Investoren zuzugestehen. ISDS sei durch ein neues Verfahren zu ersetzen, das demokratischen Grundsätzen entspreche und demokratischer Kontrolle unterliege. Öffentliche Verfahren, öffentlich bestellte unabhängige Berufsrichter, eine Berufungsinstanz und die Achtung der ordentlichen Rechtsprechung in der EU und den Mitgliedstaaten zählt die Resolution auf. Wie das konkret aussehen soll, ist offen. Die EU-Kommission hatte zuletzt ein Konzeptpapier für die Errichtung eines internationalen

Handelsgerichtshofes ins Spiel gebracht, das ebenfalls öffentliche Verfahren und Berufungsmöglichkeiten vorsieht. Geht dahin die Reise? Die Gefahr einer Paralleljustiz wird damit nicht aus der Welt geschafft – ausländische Investoren sollten stattdessen bei Streitigkeiten auf die gut entwickelten nationalen Rechtssysteme der Vertragsstaaten zurückgreifen. Zudem wiesen die USA den EU-Vorschlag bereits zurück.

Kommt der Regulatorische Rat?

Ein von der gemeinnützigen Rechercheplattform „Correctiv“ geleakter vertraulicher Bericht zeigt die Uneinigkeit zwischen der EU-Kommission und den EU-Mitgliedstaaten in der Frage, wie genau eine regulatorische Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA funktionieren soll. Deutschland und Großbritannien äußerten sich zum Beispiel skeptisch zur Einbindung der Mitgliedstaaten: Für die EU-Mitgliedstaaten solle die regulatorische Kooperation erst dann angewendet werden, wenn die USA bereit sind, auch ihre Bundesstaaten einzubinden. Dänemark kritisiert den hohen Verwaltungsaufwand; Deutschland, Großbritannien und die Niederlande betonen, dass die regulatorische Kooperation nicht dazu führen dürfe, dass einseitig die Interessen der Industrie bevorzugt würden... All das klingt nicht nach einer bald bevorstehenden Einigung – anders als Regierungsvertreter/innen uns gerne glauben machen wollen.

Der „Regulatorische Rat“, der mit TTIP kommen soll, würde auf EU-Ebene per Kosten-Nutzen-Rechnung prüfen können, ob bestimmte Gesetze und Verordnungen ein Handelshemmnis darstellen. Dabei würden ausschließlich Auswirkungen auf den Handel, nicht auf die Umwelt oder Sozialstandards betrachtet. Der Rat soll, so die derzeitigen Pläne, auch Betroffene anhören – wie oben ausgeführt, werden das mit ziemlicher Sicherheit überwiegend Vertreter/innen von Industrie und Handel sein. Dieses Gremium ►

¹ Mit Integrity Watch hat Transparency International eine Plattform ins Leben gerufen, die erhellende Auskünfte über die Aktivitäten der Lobbyist/innen auf EU-Ebene liefert: www.integritywatch.eu

² Siehe www.corporateeurope.org/international-trade/2015/07/ttip-corporate-lobbying-paradise

³ Weitere Informationen unter www.kmu-gegen-ttip.de



Mit Picknickdecken schrieb das Berliner Bündnis „Stop TTIP, CETA, TiSA“ auf das Tempelhofer Feld in Berlin.
Foto: Stoppt TTIP Berlin (CC BY-SA 2.0)

könnte verhindern, dass Verbraucherschutz-, Gesundheits-, Umwelt- und Arbeitsrechtsstandards auf hohem Niveau gehalten oder verbessert werden, wenn dies den Handelsinteressen widerspricht. Das EU-Parlament und die gewählten Parlamentarier/innen verlören weiter an Einfluss. Der auf EU-Ebene zu den größten Lobbyorganisationen zählende Arbeitgeberverband „Business Europe“ drängt darauf, dass über TTIP ein „Regulatorischer Rat“ geschaffen wird, denn er würde Konzernen noch mehr Mitsprache bei der EU-Gesetzgebung ermöglichen. Laut einem von der Arbeiterkammer Wien in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten stellen sich TTIP und CETA im Bereich der Regulierungszusammenarbeit als besonders weitgehende „living agreements“ dar – als völkerrechtliche Abkommen also, die sich nach ihrer Ratifizierung weiter verändern und fortentwickeln. Professor Peter-Tobias Stoll äußert in dem Gutachten deshalb Zweifel an einer effektiven Gewaltenteilung. Wenn sich ein Abkommen nach der Ratifizierung noch verändern kann, wie kann das von der parlamentarischen Zustimmung bei Abschluss des Vertrages noch gedeckt sein? CETA, das fertig verhandelt ist, würde einen Hauptausschuss

ins Leben rufen, der völkerrechtlich verbindliche Entscheidungen treffen kann, die über den aktuellen Vertrag hinausgehen. Die künftige Regulierungszusammenarbeit sei zudem nicht auf klar definierte Bereiche beschränkt, sondern könne sehr weitgehende künftige Verpflichtungen schaffen.

Bundestag bleibt Zugang zu TTIP-Dokumenten verwehrt

Während Konzernlobbyist/innen mit am TTIP-Verhandlungstisch sitzen, bleiben die Volksvertreter/innen größtenteils außen vor. Die deutsche US-Botschaft lehnte im Juli das Gesuch von Bundestagspräsident Norbert Lammert ab, deutschen Abgeordneten Zugang zur konsolidierten TTIP-Fassung zu gewähren – jener Fassung also, die auch die Position der US-Seite enthält. Eine nahezu gleichlautende Anfrage der österreichischen Parlamentspräsidentin Doris Bures an die US-Botschaft in Wien wurde ebenfalls zurückgewiesen. Die USA wollen ausschließlich ausgewählte Regierungsbeamte zulassen. Auch EU-Abgeordnete haben kaum Informationsrechte – die „Transparenz-Offensive“ von EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström besteht im Wesentlichen darin,

dass bestimmte Abgeordnete unter strengen Sicherheitsvorkehrungen in einem extra eingerichteten Leseraum in Brüssel einen Teil der TTIP-Verhandlungsdokumente einsehen dürfen. Zunächst muss die oder der jeweilige EU-Abgeordnete einen förmlichen Antrag auf Dokumenteneinsicht bei der Brüsseler Parlamentsverwaltung stellen und eine Geheimhaltungserklärung unterzeichnen. Über das, was sie oder er sieht und liest, darf nichts an die Öffentlichkeit gelangen. Weder Fotokopieren noch Fotografieren der eingesehenen Informationen sind erlaubt. Allein Papier und Bleistift dürfen mitgenommen werden. Die Texte sind nur auf Englisch verfügbar und es bleibt nur wenig Zeit, um sie zu prüfen – und das bei Dokumenten, die teilweise mehrere hundert Seiten lang sind. Rosa Pavanelli, Generalsekretärin von Public Services International, der globalen Gewerkschaftsvereinigung für den öffentlichen Sektor, brachte diesen Skandal – auch mit Blick auf das ebenso kritikwürdige und geheim verhandelte Dienstleistungsabkommen TiSA – so auf den Punkt: „Was ist aus unserer Demokratie geworden, wenn die Gemeinschaft auf WikiLeaks angewiesen ist, um herauszufinden, was unsere Regierungen in unserem Namen anstellen?“



Volksabstimmungen zu TTIP und CETA möglich

Obwohl TTIP und CETA hinter verschlossenen Türen auf den Weg gebracht werden – am Ende entscheiden weder die EU-Kommission noch die Verhandlungsführer/innen über die Vertragswerke, sondern die Parlamente. Laut einer von „Stop TTIP“ in Auftrag gegebenen Studie sind die Hürden für die Ratifizierung von TTIP und CETA sehr hoch: In 27 von 28 EU-Mitgliedstaaten müssen die jeweiligen nationalen Parlamente zustimmen. In 14 EU-Mitgliedstaaten könnte es sogar eine Volksabstimmung geben. In Bulgarien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Österreich, Polen, Rumänien und Großbritannien haben Parlamente, Präsident/innen oder Regierungen das Recht, Plebiszite zu beschließen. In Kroatien, Litauen, der Slowakei, Ungarn und den Niederlanden könnte die Bevölkerung selbst ein Referendum anstoßen. Von den Ländern, die eine Volksabstimmung „von unten“ zulassen, setzen die Niederlande demnach eine besonders niedrige Schwelle – jedoch ist das Ergebnis nicht bindend. Dort ist erst Anfang Juli ein Gesetz in Kraft getreten, nach dem 300.000 Bürger/innen, was rund 2,5 Prozent der

Wahlberechtigten entspricht, ein beratendes Referendum auslösen können. Anders sieht es in Litauen aus. Wenn dort 50.000 Unterschriften für ein Volksbegehren zusammenkommen, löst dies einen Volksentscheid aus. Das Referendum ist verbindlich, wenn mindestens die Hälfte der Wahlberechtigten teilnimmt.

Bürgerbewegung wider die Lobbykratie

Das mittlerweile über 500 Organisationen starke „Stop TTIP“-Bündnis wird sich weiter mit aller Kraft gegen die Lobbykratie in Europa stemmen. Am 10. Oktober ist eine Großdemonstration gegen TTIP und CETA geplant, die den Höhepunkt und Abschluss der Unterschriftensammlung für die selbstorganisierte EU-Bürgerinitiative bildet. Im Berliner Regierungsviertel werden viele zehntausend Menschen gegen den Ausverkauf von Demokratie und Rechtsstaat durch die Handelsabkommen protestieren. Doch auch danach wird der Widerstand weitergehen. Die Planungen dafür sind bereits in vollem Gange. Gemeinsam können wir diesen Wahnsinn stoppen! /

GROSSDEMO GEGEN TTIP UND CETA

Am 10. Oktober lädt ein breites Bündnis zur bundesweiten Großdemonstration nach Berlin. Sie bildet den Abschluss der selbstorganisierten Europäischen Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA und soll ein kraftvolles Zeichen gegen den Abbau von Demokratie und Rechtsstaat setzen. Start ist um 12 Uhr am Washingtonplatz (zwischen Hauptbahnhof und Spree).

Mehr Informationen gibt es hier:

- www.mehr-demokratie.de/ttip-aktionstag.html oder www.ttip-demo.de/home

Mit dem Mehr Demokratie-Bus zur Demo:

- Für zehn Euro können Sie unter www.mehr-demokratie.de/bustickets_bestellen.html ein Busticket buchen. Fragen dazu beantwortet Jörg Eichenauer unter 02203-102 1479 oder ttip@mehr-demokratie.de

Charlie Rutz

Internet-Redakteur und Verantwortlicher für Social Media bei Mehr Demokratie.